

2017 - Februar - Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 09/17

■ **Drastisch gewachsene Islamistszene:**

Laut Deutschlands oberstem Verfassungsschützer nimmt die Islamistszene hierzulande in jüngster Zeit rasant zu. Verfassungsschutzpräsident *Hans-Georg Maaßen* bezifferte vor wenigen Tagen auf dem europäischen Polizeikongress in Berlin das terroristische Personenpotenzial auf aktuell 1600 Menschen. Zu diesem Umfeld zählen Gefährder sowie deren Kontakteleute und Unterstützer. Ende des vergangenen Jahres wurde dieser Personenkreis noch auf 1200 Mitglieder veranschlagt. Das ist eine Zunahme von einem Drittel in nur drei Monaten. Demnach registrierte die Hotline des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr 1140 Hinweise auf Terrorverdächtige oder vermutete Anschlagpläne. Im Jahr davor waren es 520 gewesen, 2013 nur 103. Laut Maaßen müsse das Land anerkennen, dass es nunmehr in einer »Lage« lebe, nicht mehr im Normalzustand.

■ **Bankenrettung ist Reibach für die Wirtschaftsprüfer:**

Der konzernkritische *Thintank* »*Transnational Institute*« in Amsterdam hat auf Basis von Daten der Statistikbehörde *Eurostat* nachgerechnet, was die Bankenrettungen der vergangenen Jahre die Steuerzahler auf dem Kontinent gekostet haben. Resultat: Mindestens 213 Milliarden Euro Verluste, 747 Milliarden Euro Aufwendungen plus 1,2 Billionen für diverse Bürgschaften. Detailliert wird diese Bestandsaufnahme in der Studie »*The Ball Out Business*«. Dort kann man auch nachlesen, dass die genannten Ausgaben überwiegend durch Schuldenaufnahme finanziert wurden und daher auch die Zinslast für die nationalen Steuerzahler in die Höhe trieben. Vier große Gewinner nennt die Studie: Es sind die als »*Big Four*« bezeichneten vier Wirtschaftsprüfungsgesellschaften PricewaterhouseCoopers, EY (früher *Ernst & Young*), *Deloitte* und *KPMG*. Dieses Oligopol erreicht in der EU einen Marktanteil von 60, in Spanien und Italien 80 Prozent.

■ **NSA-Spionage schadet deutscher Wirtschaft schwer:**

Das auf Netzwerksicherheit spezialisierte Beratungsunternehmen *Corporate Trust* hat die von *Edward Snowden* veröffentlichten NSA-Dokumente systematisch ausgewertet und in seinem »*NSA Report*« veröffentlicht. Der Bericht kann auf der Homepage des Unternehmens abgerufen werden. Dort heißt es auf Seite 7 klipp und klar: »*Teile der deutschen Wirtschaft sind explizit Aufklärungsziel von NSA & Co.*« Deutschen Firmen entstehen dadurch jedes Jahr Schäden im zweistelligen Milliardenbereich. Da der *BND* offenbar jahrelang der *NSA* Daten zur Verfügung stellte, könnte er auch einen Teil der

Verantwortung für diesen Schaden tragen. *Angela Merkel* gab zwar zu Protokoll, dass Ausspähung unter Freunden nicht gehe, doch der Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2015 räumt ein, dass Schnüffeleien -auch westlicher Staaten - für die Spionageabwehr eine wachsende Rolle spielen.

■ **Bayern will keine Burka mehr im öffentlichen Dienst:**

Die Regierung im Freistaat Bayern hat die Vollverschleierung im öffentlichen Dienst, an Hochschulen und Schulen sowie in Kindergärten und bei Wahlen verboten. Bayerns Innenminister verwies zur Begründung auf das »*freiheitlich-demokratische Werteverständnis christlich-abendländischer Prägung*«. Der Ministerrat im Freistaat hat sich demnach dafür ausgesprochen, auch die Diskussion für ein weitergehendes Verbot intensiv fortzusetzen. Das könnte in einem weitergehenden Gesetzgebungsverfahren zu einem vollständigen *Burka-Verbot* führen. Bisher hat lediglich Niedersachsen die Vollverschleierung im öffentlichen Dienst verboten.

■ **Der Bundesjustizminister gerät unter Druck:**

Erst hält *Heiko Maas* die falsche Rede im Bundestag. Der Vizepräsident des Parlaments, *Johannes Singhammer* (CSU), hatte den Gesetzentwurf für härtere Strafen gegen Angriffe auf Polizisten aufgerufen. Doch *Maas* begann eine Rede über die geplante Fußfessel für Extremisten. Jetzt lesen wir in einer Wochenzeitung über interne Dokumente der Bundesanwaltschaft, die *Maas* in Bedrängnis bringen. Im Frühjahr 2015 hatte sich der damalige Generalbundesanwalt *Harald Range* beschwert, der Justizminister behindere seine Ermittlungen gegen zwei Blogger des Internetportals netzpolitik.org. Gegen sie wurde wegen des Verdachts auf Landesverrat ermittelt, weil sie vertrauliche Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz veröffentlicht hatten. *Range* verlor seinen Job. Die Ermittlungen wurden eingestellt. *Heiko Maas* bestritt Weisungen an den Generalbundesanwalt, auch in einer Sitzung des Rechtsausschusses im Bundestag. Jetzt sollen Akten Zweifel an dieser Version wecken.

■ **Linksgrüne und Islamisten attackieren gemeinsam Europa:**

Der Politikwissenschaftler *Bassam Tibi*, der sich selbst als »*ehemaliger Linker der 68er-Zeit und als heutiger liberaler muslimischer Migrant aus Damaskus*« bezeichnet, erhebt in der *Basler Zeitung* einen schweren Vorwurf.

Tibi wirft den Linksgrünen vor, bei ihrem Anschlag auf die europäische Identität mit den Islamisten kooperieren. Die »*kulturrelativistischen und nihilistischen Linksgrünen*« sowie die »*Diaspora-Islamisten*«, die in Europa zwar Zuflucht suchten, aber zugleich den Kontinent islamisieren wollten, seien die Hauptfeinde der wertebezogenen zivilisatorischen Identität des Kontinents.

Die Neuankömmlinge sind laut *Tibi* weniger geneigt, »*wertemäßig Europäer zu werden*«, die Linksgrünen unterstützten dieses Infragestellen der europäischen Identität.

► **Italien verschärft die Flüchtlingspolitik:**

In Zukunft gelten alle Moscheen im Land als öffentliche Gebäude und müssen für alle zugänglich sein. Die Imame dürfen nur noch in der Landessprache Italienisch predigen. Hierfür wurde eine Einigung mit den islamischen Gemeinden Italiens erzielt. Die Identifizierung nicht asylberechtigter Flüchtlinge wird beschleunigt. Hierfür wurden oder werden bilaterale Vereinbarungen mit Tunesien und Libyen geschlossen. Um die Abschiebung zu erleichtern, werden in allen Regionen Italiens neue Zentren zur Identifizierung und Abschiebung eingerichtet. Sie werden außerhalb der Stadtzentren und in der Nähe von Bahnhöfen oder Flughäfen eingerichtet. Der Zeitraum, für den Migranten dort festgehalten werden können, wurde von 30 auf 90 Tage verlängert.

► **USA dehnen ihre monetäre Jurisdiktion weltweit weiter aus:**

Ein druckfrischer Bericht des US-Außenministeriums mit dem Titel »*Strategiebericht über die internationale Drogenkontrolle*« vom März 2017 nimmt sich die stark expandierenden mobilen Finanzplattformen in Afrika, darunter *M-Pesa* und *M-Shwari* in Ostafrika, vor. Diese bleiben »*anfällig für Geldwäscher*«, heißt es in dem Bericht. Was in deutschen Ohren wie eine ferne Notiz klingt, ist in Wirklichkeit eine Kampagne, die auch uns betrifft. Die USA wollen die Finanzströme auf dem Planeten möglichst umfangreich kontrollieren und damit nicht nur ihre Banken stärken, sondern auch den Dollar als globale Leitwährung. Das erlaubt es den USA, sich mit wertlosen Schuldscheinen im Rest der Welt beliebig zu verschulden und zu einem guten Teil auf Kosten aller anderen Länder ihren Lebensstandard zu verteidigen. Um das zu erreichen, werden nicht nur Finanzplattformen bis ins ferne Afrika ins Visier genommen, sondern auch das Bargeld bis hin nach Indien bekämpft.

► **Rechtzeitig vor den wichtigen Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland:**

Die EU-Kommission verlangt von den Mitgliedsstaaten verstärkte Abschiebungen. Dazu hat EU-Migrationskommissar *Dimitris Avramopoulos* am 2. März einen Aktionsplan vorgestellt. Dieser sieht vor, dass die Rückkehrquoten für abgelehnte Asylbewerber deutlich erhöht werden. Um dies durchzusetzen, sollen die Abschiebehaft verschärft und zügig mit Drittstaaten Abkommen zur Rücknahme vereinbart werden. Die Kommission will 2016 dafür 200 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Teil der Maßnahmen ist eine Vereinbarung, die die EU-Grenzschutzbehörde mit den Fluggesellschaften treffen soll. Es muss ein Prozedere für die Organisation und Finanzierung von Rückkehrflügen gefunden werden.

► **Schulische Integration — Philologenverband sieht schwarz:**

Unter Bezugnahme auf den »*Chancenspiegel 2017*« der *Bertelsmann-Stiftung* hat der

Philologenverband auf »starke Integrationsprobleme« in den deutschen Schulen hingewiesen. Für die Probleme und Defizite, die insbesondere bei der Überführung von Migrantenkindern aus Willkommens- und Übergangsklassen in die deutschen Regelschulen zu beobachten seien, gebe es zu wenig staatliche Unterstützung? In der Politik glaube man, so Verbandschef *Heinz-Peter Meidinger*, mit der Bildung von tausenden neuer Klassen und der Einstellung von 13 000 Lehrkräften die Hausaufgaben gemacht zu haben. Wie so oft in der Migrationspolitik dieser Tage klaffen Willkommenspropaganda und Realität jedoch weit auseinander.

► **Ex-CIA-Mann warnt vor organisierten Massenprotesten gegen Donald Trump:**

Der ehemalige CIA-Agent *Robert Steele* warnt vor landesweiten Massenprotesten mit bezahlten Agitatoren gegen *US-Präsident Trump*, die in einem Marsch mit drei Millionen Teilnehmern am 1. Mai gipfeln sollen. Hinter dem orchestrierten Protest stecken demnach *George Soros* und andere US-Milliardäre, erklärte *Steele* gegenüber der *US-Infoseite InfoWars* von *Alex Jones*. *Steele* sieht Trump von drei Seiten attackiert: von reichen Amerikanern, die einen »amerikanischen Frühling« gegen den Präsidenten planen, von *Ex-Vizepräsident Dick Cheney*, der schon die Regierung von *George W. Bush* unterwandert habe und auch gegen Trump agitiert, und drittens vom »tiefen Staat«, der sich auf 500 Verräter im Staatsapparat stützen könne.

► **Linke Verlogenheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden:**

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, *Claudia Roth* (Grüne), lehnt ein generelles Verbot von Wahlkampfauftritten ausländischer Politiker hierzulande ab. Das hat sie mit Blick auf die Debatte über Auftritte türkischer Minister in Deutschland gesagt. Ihre Begründung macht sprachlos: »*Es ist eben keine Schwäche, sondern ganz im Gegenteil ein Zeichen der großen Stärke unseres Rechtsstaates, dass er auch unliebsame Auftritte, Meinungen und Botschaften aushält.*«

Wirklich? Klingt das hierzulande im linken Spektrum nicht meist ganz anders?

Wäre solche Toleranz ernst gemeint, dann würden in Deutschland Kritiker des Berliner Parteienkartells nicht als »*Pack*« bezeichnet und kritische Kommentatoren im Internet würden nicht von der Wahrheitspolizei verfolgt.

Leider passiert das aber. Hier zeigt sich wieder einmal: »*Toleranz*« wird nur in eine Richtung geübt, nämlich dort, wo sie nicht am Links-Grünen Narrativ nagt. In diesem Fall dürfen sogar Feinde der Demokratie aus anderen Ländern bei uns Werbung für diktatorische Regime machen. Aber wer hierzulande Kritik an der linken politischen Kaste übt, riskiert Verfolgung.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 11/17

► **»America first!« — Große Proteste. »China first!« Unaufgeregte Meldungen:** Von Afrika bis nach Asien gibt es politische Kampagnen, lokale Produkte zu schützen

und beim Außenhandel darauf zu achten, dass heimische Firmen nicht unter die Räder kommen. Ein großes Thema ist das in hiesigen Medien nicht. Doch wenn der neue US-Präsident dieses Motto ausgibt, geht ein Aufschrei um die Welt. Interessant ist es daher, dass jetzt China seine seit vielen Jahren offen verkündete Version von »China first« als Industrieplan präsentiert hat und sich hierzulande kein Medien-Hahn darüber ereifert. China hat jetzt den Industrieplan »*Made in China 2025*« vorgestellt. Er zwingt ausländische Firmen, wichtige Verschlüsselungstechnologie und Know-how preiszugeben. China legt präzise fest, welche Marktanteile seine Industrien erreichen sollen. Die Handelskammer der EU hat den Plan scharf kritisiert und beklagt eine »*groß angelegte Importsubstitution*«. Die Reaktion deutscher Zeitungen? Unaufgeregte Berichte ohne emotionale Schlagzeilen, die sachlich beide Seiten wiedergeben. So, wie man es sich im Falle der USA gewünscht hätte.

► **Gräben und Endzeitstimmung in der EU:**

Der Gipfel Mitte März in Brüssel war ein Debakel. Doch Ende März steht in Rom das Jubiläumstreffen zur Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957 an. Es wird überschattet vom Streit zwischen den Briten und der EU über den Brexit, vom Streit über die Migrationspolitik in Europa sowie vom Streit über zwei unterschiedliche Geschwindigkeiten in der EU. Der Brexit, den die britische Premierministerin Theresa May neun Monate nach dem Votum immer noch nicht nach Brüssel gemeldet hat, ist aber bei Weitem nicht das einzige deutliche Zeichen, wie zerrüttet die EU ist. Anstatt sich mit den zentralen Problemen zu beschäftigen, haben sich die Regierungen der Mitgliedsländer zum Beispiel auch mit so einschneidenden Themen wie dem sogenannten »*Nutella-Graben*« aufgehalten. In der Gipfelerklärung wurde der Beschluss der EU-Kommission begrüßt, »*die Frage der Lebensmittel von zweierlei Qualität im Binnenmarkt zu behandeln*«. Die Initiative dazu kam aus Osteuropa. Die EU-Staaten dort kritisieren, dass Nahrungsmittel mit gleichem Namen und Hersteller je nach Land unterschiedliche Qualität, Geschmack und Zutaten aufwiesen. So soll Nutella in Wien cremiger schmecken als in Budapest.

► **Die Rückkehr von »1984«:**

George Orwells Bestseller über einen totalitären Überwachungsstaat erlebt eine Renaissance. Die amerikanische Großhandelskette Costco mit ihren 35 Millionen Mitgliedern legt den Erfolgsroman in ihre populäre Bücherabteilung und garantiert ihm damit eine enorme Zusatzaufgabe. Die Mainstream-Zeitung *Washington Post* macht sich darüber lustig, dass das Buch über den Protagonisten Winston Smith von der herrschenden sozialistischen Staatspartei — der sich gegen flächendeckende Überwachung wehrt und seine Privatsphäre sichert, um groß angelegter Gehirnwäsche zu entgehen nun bei Costco zwischen Discountartikeln wie Chips, Toilettenpapier und Autoreifen ausgelegt wird. Doch die Neuauflage ist Zeichen einer zutiefst verunsicherten amerikanischen Öffentlichkeit, die sich bei eskalierender Überwachung durch Geheimdienste und Elektronikfirmen nun in der Situation

von Winston Smith wiederfindet und damit dem Buch neue Aufmerksamkeit verleiht. Die jüngsten Enthüllungen von Wikileaks mit mehr als 8000 CIA-Dokumenten tragen ihren Teil dazu bei.

► **Muslimische Gebete gegen Rückenschmerzen:**

Eine Islamisierung findet bei uns laut dem Berliner Narrativ nicht statt. Dabei finden sogar schon muslimische Gebetstechniken Eingang in die Physiotherapie. »Der Standard« hat jetzt von der Studie einer Forschergruppe um *Mohammad Khasawneh* an der *Binghamton University in New York* berichtet. Diese hat den Bewegungsablauf des rituellen islamischen Gebets untersucht und dessen segensreiche Wirkungen beim Kampf gegen Rückenschmerzen betont. Aus physiologischer Perspektive, so die Forscher, wirke das Gebet in Richtung Mekka bei regelmäßiger Ausführung »lindernd und vorbeugend gegen Rückenschmerzen«. Die Bewegungsabläufe seien Yoga und physiotherapeutischen Interventionsübungen ähnlich.

► **Volle elektronische Kontrolle im-Anmarsch:**

Der Bundestag hat vor wenigen Tagen einen Antrag der Bundesregierung mit dem scheinbar harmlosen Titel »Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises« (Drucksache 18/11279) beraten. Es geht darum, die elektronische Identifikationsnummer dauerhaft und automatisch eingeschaltet zu lassen und den Geheimdiensten vollen automatischen Zugriff auf biometrische Passbilder zu gewähren. Ein besonderer Anlass dazu muss nicht vorliegen. Offiziell geht es laut dem Entwurf darum, »Online-Dienstleistungen von Behörden und Unternehmen, bei denen das Vertrauensniveau hoch sein soll«, zuverlässiger abzuwickeln. Sowohl der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sowie das Regierungsprogramm »Digitale Verwaltung 2020« sehen diese erweiterte Nutzung des Personalausweises vor. Bei zwei Drittel der 51 Millionen ausgegebenen Ausweise ist die elektronische Identifikationsnummer bisher deaktiviert. Laut dem Entwurf soll eine Deaktivierung nicht mehr möglich sein. Wer bei Google mit dem Suchwort »elektronische Identifikationsnummer« sucht, findet keine aktuellen Informationen dazu in den Leitmedien.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 12/17

► **Bayern droht Flüchtlingsberatern:**

Das Sozialministerium im Freistaat macht ernst. Wenn Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden Flüchtlingen zeigen, wie man einer Abschiebung entgeht, sollen sie kein Geld mehr vom Staat erhalten. Die Warnung zielt also auf die eigenen staatlich geförderten Beratungsstellen. Die Staatsregierung verlangt, dass Flüchtlinge »objektiv und realistisch über ihre Situation in Deutschland« informiert werden, also auch über eine eventuell drohende Ausreise. Zu der geforderten Beratung gehören Hinweise auf Angebote des Freistaates für die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr. Im Kern handelt es sich hier um das öffentliche Eingeständnis, dass manche Berater in Deutschland die Asylpolitik hintertreiben.

► **Anhaltende Verzweiflung in Griechenland:**

Bis Juli soll Griechenland sieben Milliarden Euro tilgen, sonst droht die Staatspleite. Die Regierung in Athen will daher Steuern und Beiträge zum Sozialsystem anheben. Mehr als tausend Bauern aus Kreta, die bislang von den Steuern befreit waren, protestierten vor wenigen Tagen gegen diese Pläne. Sie reisten nach Athen und standen dort mit Hirtenstäben Spezialeinheiten der Polizei gegenüber. Die Bilder, die hierzulande kaum gezeigt wurden, illustrierten die anhaltende Depression.

► **Freie Meinungsäußerung, »die nicht von der Regierung genehmigt ist«:**

In den Senat des Bundesstaates New York wurde jetzt eine Vorlage eingebracht, die bei Annahme dazu führen würde, »*inakkurate, irrelevante, unpassende oder übertriebene*« Meinungsäußerungen binnen 30 Tagen nach erhobenem Einspruch zu löschen. Suchmaschinen sollten Inhalte der Betroffenen Autoren unverzüglich tilgen. Betroffen sind auch Statements, die »*nicht länger wichtig für die aktuelle öffentliche Debatte*« sind. Bei Zuwiderhandlung drohen den sozialen Plattformen 250 Dollar pro Tag Strafe, plus Anwaltskosten.

► **Erziehungsjournalismus vom Feinsten:**

Die *New York Times* rief in einer Kolumne vor wenigen Tagen weiße Amerikaner dazu auf, nicht länger Rassisten großzuziehen. In dem Kommentar mit der Frage »*Ziehen wir Rassisten auf?*« schildert die Autorin *Jennifer Harvey* das Beispiel ihrer siebenjährigen Tochter, die nach dem Unterricht im Rahmen des »*Friedens- und Multikultiorientierten Lehrplans*« nach Hause kommt und den friedensbewegten Gründervater *George Washington* preist. Die Mutter klärt das Kind auf, dass *George Washington* auch Sklaven gehalten habe — um dann festzustellen, dass eine der großen Gefahren des neuen Präsidenten darin bestehe, dass Diskriminierung bei Kindern gefördert werde.

► **Hedgefondsmanager:**

Ohne Krieg kann *Trump* keinen Erfolg haben: *Eric Peters*, einer der Topmanager beim *Wall-Street-Vermögensverwalter One River Asset Management*, ist in Finanzkreisen bekannt. Auch seine deutliche Ausdrucksweise. Im jüngsten wöchentlichen Rundbrief an die Kunden erklärte Peters, dass das schwache Wachstum rund um den Globus von den Eliten gewollt sei: Kein großes Wachstum, keine heftigen Ausschläge an den Finanzmärkten, keine Verluste für die Superreichen. Das sei genau das Umfeld, mit dem die Mächtigen ihren Einfluss zementieren. Unter diesen Voraussetzungen könne *Donald Trump* jedoch nicht seine ehrgeizigen Wachstumsziele für die USA erreichen, ohne einen Krieg anzuzetteln.

► **US-Senat macht gegen *George Soros* mobil:**

Laut dem Osteuropaexperten *Phil Butler* hat der Milliardär *George Soros* einen Finger in jedem politischen Kuchen auf diesem Erdball. Nachdem *Wladimir Putin* 2016 *Soros*

aus dem Land geworfen und einen internationalen Haftbefehl gegen ihn ausgegeben hat, wird Soros jetzt auch in den USA attackiert. Dort hat er laut Beobachtern sein Geld unter anderem in die gewalttätigen Demonstrationen investiert, die nach dem Wahlsieg von *Donald Trump* in Amerikas Straßen ausbrachen, auch in den sogenannten »Frauenmarsch« in Washington. Der republikanische *Senator Mike Lee* und ein paar seiner Fraktionskollegen haben *Außenminister Rex Tillerson* jetzt aufgefordert, eine Untersuchung gegen Soros einzuleiten. Es soll festgestellt werden, inwieweit Steuereinnahmen der USA dazu verwendet wurden, aktivistische Gruppen von Soros in Ländern wie Mazedonien, und Albanien zu unterstützen. Soros wird beschuldigt, in Mazedonien einen Bürgerkrieg und einen Konflikt mit Russland zu schüren.

► **Streit um Geld und Schulden in der NATO:**

Der Streit um die Schulden von Griechenland und die Sparpolitik in den hoch verschuldeten Südländern der EU gehört zu den wuchernden Spaltpilzen in der EU. Nun hat er ein Gegenstück in der NATO. Auf dem NATO-Gipfel im September 2014 in Wales hatten die Mitglieder vereinbart, binnen zehn Jahren die Militärausgaben auf zwei Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung hochzufahren. Deutschland erreicht derzeit lediglich 1,2 Prozent. *Präsident Trump* hat am Wochenende der Bundesregierung per Twitter vorgehalten, dass Deutschland der NATO und den USA viel Geld schulde. Doch jene, die dem neuen US-Präsidenten noch vor Wochen vorgeworfen hatten, er vernachlässige die NATO, weisen *Trumps* Forderungen nun zurück. *Verteidigungsministerin von der Leyen* sagt, es gebe kein Schuldenkonto bei der NATO. *Außenminister Sigmar Gabriel* erteilt dem Zwei-Prozent-Ziel eine Absage: »In dieser Form werden wir das nicht machen.«